# Allgemeine Buchbesprechung = Comptes rendus généraux

Autor(en): **Bihrer, Andreas / Graber, Rolf / Joris, Elisabeth**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **18 (2011)**

Heft 2: **Verwalten und regieren = Administrer et gouverner**

PDF erstellt am: **23.05.2024**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

## Allgemeine Buchbesprechungen
## Comptes rendus généraux

David Warren Sabean,
Simon Teuscher, Jon Mathieu (Hg.)
**Kinship in Europe**
Approaches to long-term development (1300–1900)
Berghahn, New York, Oxford 2007, XIII, 336 S., Fr. 45.50

In der westlichen Wahrnehmung verloren in der Moderne verwandtschaftliche Bindungen an Bedeutung, ausserdem waren Akteure nun nicht mehr in weit verzweigte Sippen, sondern höchstens noch in ihre Kernfamilie eingebunden. Aus diesem Grund besass die wissenschaftliche Beschäftigung mit Familie und Verwandtschaft lange keine Attraktivität, obwohl diese zentrale Kategorien in sozialen Beziehungssystemen vormoderner Gesellschaften darstellten. Die Geringschätzung hat in den letzten 30 Jahren aber sukzessive abgenommen, da Forschungsrichtungen wie die Alltagsgeschichte oder die Historische Anthropologie diese Kategorien in den wissenschaftlichen Diskurs einbrachten. Für die letzten Jahre kann sogar konstatiert werden, dass die Erforschung der Konstruktion und Bedeutungszuschreibung von Verwandtschaft in vormodernen Gesellschaften sich zu einem der am intensivsten untersuchten Felder in der Geschichtswissenschaft entwickelt hat. Somit besteht nun die Chance, die Forschungsergebnisse zu bündeln, ja breit angelegte Vergleiche zu wagen und lang andauernde Prozesse zu untersuchen.

Der von David Warren Sabean, Simon Teuscher und Jon Mathieu herausgegebene Sammelband untersucht die Bedeutung von Verwandtschaft in Europa von 1300–1900. Die Publikation geht aus drei Tagungen hervor, wobei jedoch nur ausgewählte Vorträge vor allem von Forscherinnen und Forschern an der UCLA, am EUI und am CNRS publiziert wurden. Die meisten Beiträge behandeln Themen der Frühneuzeit; zwei Aufsätze widmen sich dem Spätmittelalter, ein Beitrag gibt einen Überblick zu Ansätzen in der Anthropologie. Aufgrund des durchdachten Aufbaus der Publikation werden die Ergebnisse der Fallstudien in mehrfachen Dimensionen aufbereitet und eingeordnet. So steht am Beginn eine systematisierende Einleitung der Herausgeber; zudem sind den 13 Fallstudien, die in zwei Sektionen (Mittelalter/Frühneuzeit beziehungsweise Frühneuzeit/19. Jahrhundert) eingeordnet sind, kurze Zusammenfassungen beigegeben. Ausserdem verzeichnet das Register nicht nur Personen und Orte, sondern auch zentrale Schlagworte. Die Aufsätze untersuchen Veränderungen bei Verwandtschaftspraktiken und in den Bedeutungszuschreibungen von Familienorganisation. Dabei zeigen die empirischen Studien eine beträchtliche Differenz zwischen tatsächlichen Verwandtschaftspraktiken und völlig anderen medialen Repräsentationen von Verwandtschaft auf. Die Herausgeber vertreten die These, dass die entscheidenden Neubestimmungen der Bedeutung von Verwandtschaft am Ende des Mittelalters und im späten 18. Jahrhundert geschahen. Sie folgen dabei den Ergebnissen neuerer Studien, von denen einige der Verfasser ihre Resultate im Sammelband zusammenfassen. Damit wird auf überzeugende Weise die ältere Vorstellung in der Forschung widerlegt, es habe einen beständigen Bedeutungsverlust von Verwandtschaft vom Mittelalter zur Moderne hin gegeben. Es fällt dabei vor allem die

Bedeutungszunahme familiärer Bindungen gerade bei beschleunigten Modernisierungsprozessen auf. Verwandtschaft ist aus dieser neuen Perspektive keine Organisationsform allein von archaischen Gesellschaften.

Die Gründe für die Neubestimmung der Bedeutung von Verwandtschaft um 1500 und um 1750 sehen die Herausgeber im Wandel von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gefügen. So beeinflussten um 1500 der beschleunigte Prozess der Staatswerdung, die Festschreibung von ständischen Hierarchien und neue Formen der Besitzorganisation die Veränderungen bei Verwandtschaftspraktiken. Um 1750 riefen die Modernisierung des Politischen, die Formierung von sozialen Klassen und neue Wirtschaftsformen einen Wandel auch auf dem Feld der Familienorganisation hervor. Die Beiträge zeigen aber auch, dass von grossen regionalen Unterschieden innerhalb der westlichen Welt auszugehen ist, insbesondere bestanden Differenzen in der Familienorganisation zwischen Städten und Dörfern sowie Differenzen zwischen den Ständen.

Der Sammelband eröffnet zahlreiche neue Forschungsperspektiven. Doch einiges bleibt noch offen: So könnten weitere Forschungen anhand einer raumorientierten Analyse der chronologischen Perspektive noch eine weitere Dimension hinzufügen. Auch die sozialen Unterschiede könnten zukünftig noch stärker in den Blick genommen werden. Weiter sollte das vorgeschlagene Phasenmodell überprüft werden, denn es fällt auf, dass die entscheidenden Veränderungsprozesse gerade an den traditionellen Epochengrenzen der Frühen Neuzeit einerseits zum Mittelalter und andererseits zur Moderne beobachtet wurden, was möglicherweise mit der Perspektive der Frühneuzeithistoriker zusammenhängen könnte. Die vorrangig empirischen Ergebnisse des Sammelbands könnten darüber hinaus mit den Resultaten der Historischen Semantik in Beziehung gesetzt werden. Schliesslich sollten zukünftige Forschungen auf das gesamte Feld sozialer Beziehungen ausgeweitet werden, wodurch deutlich werden dürfte, wie eng zum Beispiel Verwandtschaft, Freundschaft und Patronage miteinander verwoben waren, sodass terminologische Unterschiede oftmals künstliche Unterscheidungen der Zeitgenossen oder der heutigen Geschichtswissenschaft darstellen.

*Andreas Bihrer, Freiburg i. Br.*

## Martin Stuber
## **Wälder für Generationen**
## Konzeptionen der Nachhaltigkeit im Kanton Bern (1750–1880)

Böhlau, Köln 2008, 394 S., 44 Abb., € 47,90

Der Begriff Nachhaltigkeit wird normalerweise mit der Ökologiediskussion und den damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven in Verbindung gebracht. Martin Stuber geht in seiner Studie, eine überarbeitete Fassung seiner Dissertation von 1997, den historischen Spuren dieses Terminus nach. Dabei ist er auf einen reichen forstwissenschaftlichen Quellenkorpus gestossen. Insgesamt werden über 100 Schriften von 28 Autoren ausgewertet. Eine Ergänzung erfolgt durch Gesetzestexte, Verordnungen und Verwaltungsberichte kantonaler Behörden. Die Streuung der Texte über einen Zeitraum von über 100 Jahren, aber auch ihre inhaltliche Verknüpfung, macht diese für eine Diskursanalyse interessant.

Der Autor unterscheidet für den untersuchten Zeitraum drei Nachhaltigkeitskonzeptionen, die wiederum durch säkulare Entwicklungen beeinflusst sind: zum einen der Übergang von der alteuropäischen Ökonomik zur modernen Ökonomie, zum andern die Ablösung

von Holz als Energieträger durch fossile Brennstoffe. Eine erste Nachhaltigkeitskonzeption lässt sich an den Schriften der ökonomischen Patrioten aufzeigen. Ihr Interesse an der Land- und speziell der Waldwirtschaft wird durch Probleme der Sattelzeit wie Bevölkerungswachstum und den sich verengenden Nahrungsspielraum gefördert. Dies führt zur Diagnose einer Energiekrise. Das zeitgenössische Schlagwort von der «Holznot» soll zugleich die Notwendigkeit von Reformen im Forstbereich legitimieren. Der egalitäre, privilegien- und vorurteilsentlastete Binnenraum der Sozietäten bietet ein Forum für Reformdiskussionen. Deshalb stammen die Texte grösstenteils von Mitgliedern der Ökonomischen Gesellschaft Berns. Den Reformaktivitäten sind durch Geheimpolitik, politische Tabuzonen und Zensur systemimmanente Grenzen gesetzt. Als Ursache der Energiekrise sehen die ökonomischen Patrioten den eigennützigen und verschwenderischen Gebrauch des Holzes aber auch Mängel in der Forstverwaltung. Durch Rationalisierung der Verwaltungstätigkeit, Volksaufklärung und durch repressive Einschränkung des Zutritts zu den Wäldern soll diesen Problemen begegnet werden. Die Steuerung in Richtung Nachhaltigkeit erfolgt mit den Herrschaftstechniken eines «kameralistisch fundierten Reformabsolutismus». (252) Diese Einschätzung des Autors belegt, dass die republikanische Selbstdeklaration der politischen Eliten, die in der gegenwärtigen Forschungsdiskussion eine prominente Rolle spielt, von einem spätabsolutistischen Regierungsstil überlagert wird. Diese Erkenntnis wird allerdings im Schlusswort wieder zurückgenommen, wenn alle drei Konzepte etwas verallgemeinernd unter dem Begriff «republikanische Forstwirtschaft» subsumiert werden.

Grundlage für den Übergang zur zweiten Nachhaltigkeitskonzeption ist ein Perspektivenwechsel in der ökonomischen Theoriebildung, der auch praxisrelevant wird. Während in der alteuropäischen Ökonomik das Wirtschaftsleben immer in ein Netz sozialer Beziehungen eingebettet ist *(embedded economy)*, konstituiert sich die moderne Ökonomie als autonomer Handlungsraum. Diesem Modell entspricht die liberale Nachhaltigkeitskonzeption, die anhand der Schriften von Kantonsforstmeister Karl Kasthofer vorgestellt wird. Für ihn ist die Holznot lediglich ein Hirngespinst. Gemäss liberalem Credo soll die Freiheit des Waldeigentums, die Rodungsfreiheit und der freie Holzhandel eine nachhaltige Entwicklung gewährleisten. Das durch Deregulierung herbeigeführte freie Spiel der Marktkräfte garantiert automatisch eine harmonische Entwicklung. Kasthofer erkennt allerdings, dass die rechtsamelosen Unterschichten die Verlierer des neuen Entwicklungsmodells sind und die steigenden Holzpreise die Armutsproblematik verschärfen, was zu Unruhen führt. Im Unterschied zu den Frühliberalen bezieht er deshalb eine moderatere Position, die auch die Interessen der Rechtsamelosen einbezieht. Die sozialen Auswirkungen der «Forstrevolution» sollen durch staatliche Massnahmen abgefedert werden. Weil es nicht gelingt, diese flankierenden Massnahmen in die Praxis umzusetzen, bleibt es bei einem «forstlichen Manchester-Liberalismus» (256) und die liberale «Forstrevolution» hinterlässt grosse ökologische und soziale Probleme.

Die durch den freien Holzmarkt verursachte Übernutzung der Wälder bildet den Anstoss für eine dritte Nachhaltigkeitskonzeption, die im Zeichen des Naturhaushalts steht und einen Paradigmenwechsel einleitet. Wortführer dieses Konzepts sind Xavier Marchand und Franz Fankhauser. Unter dem Einfluss der französischen Forschung und unter dem Eindruck der durch das liberale Konzept

verursachten Probleme entwerfen sie ein Katastrophenszenario, das einen Zusammenhang zwischen Entwaldung des Hochgebirges und Überschwemmungsereignissen konstruiert. Dies rechtfertigt staatliche Eingriffe in die freie Marktwirtschaft, die ökologisch legitimiert werden können. Durch ihr multifunktionales Nachhaltigkeitskonzept und den Einbezug des gesamten Ökosystems bewegen sich die Vertreter dieser Richtung bereits auf dem Niveau der Ökologie im modernen Sinn. Durch vermehrte Staatseingriffe, vor allem durch den Ausbau der Forstgesetzgebung gelingt die Umsetzung dieses Konzepts auf politischer Ebene. Der Nutzungsdruck auf die Wälder kann vermindert werden. Der Erfolg des Nachhaltigkeitskonzepts im Zeichen des Naturhaushalts ist allerdings einem weiteren säkularen Wandel zu verdanken: dem Übergang zum fossilen Zeitalter. Die Transportrevolution (Eisenbahnbau) und damit die allmähliche Substitution von Holz durch Kohle bieten die Möglichkeit, die einheimischen Wälder zu schonen. Allerdings hat diese globale Ausweitung der Systemgrenzen auch Auswirkungen auf das weltweite Ökosystem, die den zeitgenössischen Akteuren noch nicht bewusst sind.

Martin Stuber ist es gelungen, die Merkmale der drei Nachhaltigkeitskonzepte überzeugend herauszuarbeiten und deren gesellschaftliche Rahmenbedingungen angemessen zu berücksichtigen. Indem der Autor von der Prämisse ausgeht, dass sprachlich produzierte und gesellschaftliche Praktiken nicht voneinander abgekoppelt werden können, und er die Diskursanalyse als mehrstufige Kontextanalyse versteht, entgeht er dem Dilemma vieler diskursanalytisch orientierter Arbeiten, letztlich nur Geistes- und Ideengeschichte unter neuem Etikett zu betreiben. Die Studie zeigt, dass den Entwicklungsperspektiven und Nachhaltigkeitskonzepten der intellektuellen Eliten immer auch Grenzen gesetzt sind durch den Widerstand der Unterschichten. Sozialhistorische Untersuchungen belegen, dass der Holzdiebstahl zu den häufigsten Delikten im frühen 19. Jahrhundert zählt und sich der Kampf um die Waldnutzung zu einem eigentlichen Kleinkrieg ausweitet. Gerade in dieser Tatsache zeigt sich die Problematik einer Vereinbarkeit verschiedener Rationalitäten: der diachronen Solidarität zwischen den Generationen und der synchronen Solidarität zwischen Reichen und Armen. Im Rahmen des Vorhabens, die historische Nachhaltigkeit mit der aktuellen Debatte in Beziehung zu setzen, wäre es sinnvoll gewesen, die globalen Dimensionen dieses Konflikts noch konturierter herauszuarbeiten. Die Kombination von generationenübergreifender Solidarität mit einem Lebensstandard, der auf «Weltniveau» realisierbar ist, wird nicht nur zum Kernproblem jeder Entwicklungsperspektive, sondern auch zur Überlebensfrage für die Menschheit.

Insgesamt bietet die Studie einen fundierten Einblick in die Forst- und Umweltgeschichte. Sie beeindruckt jedoch auch durch die verfassungs-, wirtschafts- und sozialhistorischen Bezüge. Als Koordinator des Projekts *Nützliche Wissenschaft, Naturaneignung und Politik. Die Oekonomische Gesellschaft Bern im europäischen Kontext* und Mitherausgeber des monumentalen Werks *Berns goldene Zeit* erweist sich der Autor als hervorragender Kenner der Berner Geschichte. Die Einbettung der Thematik in den komplexen gesellschaftlichen Kontext macht das Buch nicht nur für forstwissenschaftlich interessierte Leserinnen und Leser zur spannenden Lektüre.

*Rolf Graber (Kreuzlingen)*

Ursula Jecklin, Silke Redolfi, Silvia Hofmann (Hg.)
**fremdeFrau**
Frauen- und Geschlechtergeschichte Graubünden, Bd. 4.
Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2008, 336 S., Fr. 48.–

*fremdeFrau* sucht nach dem Fremden und den Fremden in der Bündner Gesellschaft, also nach allem, was seit Beginn des 19. Jahrhunderts als «fremd» definiert wurde und was auch gegenwärtig nicht zum Bild des «Eigenen» passt. Dazu zählen die Herausgeberinnen nicht nur die Zugezogenen, die Frauen mit anderem Pass und/oder anderer Sprache und Religion, sondern auch die marginalisierten und/oder nicht den Normen entsprechend lebenden Menschen, die gebildeten und selbständig handelnden Frauen der einheimischen Oberschicht sowie die Bündner Frauen, die sich als Emigrantinnen in der «Fremde» niedergelassen hatten. Methodisch kommen bei der Aufarbeitung verschiedene Ansätze zur Anwendung; ausser Silvia Hofmann in ihrem kurzen Beitrag zur Wiener Volkskundlerin Eugenie Goldstern legen die Autorinnen und der Autor in Kombination mit anderen Methoden Gewicht auf die Oral History.

Eugenie Goldstern erforschte nach dem Ersten Weltkrieg im Münstertal die Alltagskultur als teilnehmende Beobachterin. Sie sammelte eine Vielzahl von Objekten, fotografierte und veröffentlichte 1922 die Ergebnisse als Text und Bilder in ihrer Dissertation unter dem Titel *Hochgebirgsvolk in Savoyen und Graubünden*. Eine Fremde war sie als Forscherin nicht nur im Münstertal, sondern als Frau und Jüdin auch in dem von Männern dominierten akademischen Wissenschaftsbetrieb sowie dem antisemitisch geprägten Klima der Zwischenkriegsjahre. Ihre Karriere wurde aktiv behindert und selbst von ihrer Familie nicht unterstützt. Ohne Aussichten auf ein Einkommen zog sie sich 1924 vom Wissenschaftsbetrieb zurück und half ihrem Bruder bis 1938 in dessen Sanatorium. Am 14. Juni 1942 nach Lublin deportiert, wurde sie vermutlich bereits drei Tage später im Lager Izbica erschossen. Die von ihr selbst finanzierte Kollektion von 284 Objekten aus dem Wallis, Hochsavoyen und dem Münstertal wurde unter dem Namen *Sammlung Eugenie Goldstern* 2004 zum ersten Mal überhaupt ausgestellt.

Wertvoll ist die Auswertung der Gespräche, welche die Ethnologin Marta Ostertag mit Frauen geführt hat, die sich im Lauf des 20. Jahrhunderts in diesem Tal niedergelassen haben, aus zwei Gründen. Zum einen liegt der Fokus hier auf den von der Migrationsforschung lange vernachlässigten Frauen, zum andern thematisiert die Ethnologin verschiedene theoretische Ansätze des Fremden und des Fremdseins. In den Jahren nach dem Ersten wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg fanden vor allem Frauen aus dem Südtirol, dem Trentino und dem Veltlin als Mägde im Münstertal Arbeit in der Landwirtschaft, weil gleichzeitig viele junge Münstertalerinnen abwanderten. Diese bevorzugten die besser bezahlten Saisonstellen in den Hotels der aufstrebenden Kurorte von Klosters bis St. Moritz. Zu Heiraten zwischen zugezogenen Italienerinnen und einheimischen Männern kam es aus konfessionellen Gründen bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil vor allem im katholischen Mustair nahe der Grenze, kaum im reformierten inneren Münstertal. Die emotionale Integration in die Bündner Verwandtschaft war aber auch in Mustair trotz gleicher Konfession vielfach eine schwierige, die Sprache, das Romanische, spielte neben dem Arbeitsvermögen laut Aussagen der älteren, mehrheitlich in der Landwirtschaft tätigen Frauen eine zentrale Rolle.

Seit den 1970er-Jahren kam es mit der zunehmenden Bedeutung des Tourismus

im Münstertal dann auch zur Zuwanderung von Frauen aus dem Schweizer Unterland, aus Deutschland, Süd- und Mitteleuropa und Argentinien. Die Auswertung der mit zwölf Frauen geführten halbstrukturierten Interviews gliedert die Autorin entlang der allen Frauen unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Zuwanderung und ihres gesellschaftlichen Status gestellten Fragen nach den Integrationserfahrungen auf dem Hintergrund von Herkunft, Ausbildung, Erwerbstätigkeit, familiärer, verwandtschaftlicher und dörflicher Beziehungsgeflechte. Damit gelingt ihr die Verknüpfung von konkreten Erfahrungen mit den theoretischen Definitionen von «fremd»: der Nicht-Zugehörigkeit aufgrund kultureller Normen wie Religion, Sprache, Arbeitsformen (das normativ Fremde) zum einen und das aus subjektiver Perspektive als unbekannt Empfundene (das kognitiv Fremde) zum andern. Beeindruckend und berührend zugleich sind die Auszüge aus den Gesprächen mit den älteren, aus den armen benachbarten Regionen Italiens eingewanderten Frauen bezüglich der Härte ihres Alltags und bezüglich der lange anhaltenden Macht der Kirche.

Zusammen mit der Historikerin Regula Pfeifer ist die Ethnologin Marta Ostertag auch Autorin des Beitrags zu den Frauen der aus dem Bergell und dem Engadin emigrierten Zuckerbäckerfamilien, die in vielen Städten Europas – beispielsweise in Madrid, Marseille und Genua ebenso wie in Krakau, St. Petersburg und Odessa – Konditoreien und Café-Restaurants betrieben. Frauen emigrierten zusammen mit Männern im Familienverband oder selbständig; wie die Männer waren auch sie in die Arbeitsabläufe und in die Geschäftsführung der Zuckerbäckereien integriert. Einige Frauen blieben zu Hause und führten eine Ehe auf Distanz; sie hielten im Heimatdorf die Fäden zusammen, betätigten sich als Verwalterinnen der Familiengüter sowie Investorinnen des im Ausland erwirtschafteten Geldes.

Zu den Ausgeschlossenen und Marginalisierten, obwohl sie keine Zugezogenen waren, zählten bis in jüngste Zeiten die ledigen Mütter, deren Situation als Fremde in der eigenen Gesellschaft Ursula Jecklin anhand der Analyse der kantonalen Rechtssetzung von 1822 bis zum eidgenössischen Kindsrecht von 1978 sowie von Statistiken und Einzelfällen aus der Stadt Chur aufarbeitet.

Auf Erfahrungen sozialer Ausgrenzung und rechtlicher Diskriminierung verweisen ebenso die Gespräche der Soziologin Christina Caprez und der Erziehungswissenschaftlerin Eveline Nay mit 27 lesbischen Frauen, die entweder in Graubünden geboren oder in den Kanton zugezogen sind. Mit der Ausweitung ihrer Studie auf die Geschichte frauenliebender Frauen in der Schweiz thematisieren die beiden Autorinnen zugleich Definitionen von Freundschaft und Homosexualität, die Wirkungsmacht wissenschaftlicher Diskurse sowie der Einschätzung eigenen Fühlen und Handelns. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur wenig erforschten Geschichte der Liebe zwischen Frauen seit dem 19. Jahrhundert und der Homosexualität im Allgemeinen.

Wie schon die vorangehenden drei Bände, *frauenRecht* (2003), *frauenKörper* (2005) und *frauenArbeit* (2006), überzeugt auch dieser letzte Band der Reihe durch die wissenschaftliche Erschliessung und Aufarbeitung bis dahin kaum beachteter Quellen sowie durch die sorgfältige Gestaltung, die Bilderauswahl und die eingeschobenen Texte, die einzelne Personen oder Aspekte gesondert beleuchten und hervorheben. So kann das Projekt *fraubünden* als Ganzes als eine eigentliche Erfolgsgeschichte gewertet werden, da es keinen Kanton gibt, der die Frauen- und Geschlechtergeschichte in dieser Breite und in dieser Form aufgearbeitet hat.

Und dennoch – darauf verweist in ihrem abschliessenden Nachwort auch die Historikerin Regina Wecker, die das Projekt seit seinen Anfängen begleitet hat – können die vier Bände nur als Anlass verstanden werden zu weiteren Forschungen. Auch mir wurden die noch bestehenden Lücken erst durch die Lektüre bewusst.

*Elisabeth Joris (Zürich)*

Diemut Majer
**Frauen – Revolution – Recht**
Die grossen Europäischen Revolutionen in Frankreich, Deutschland und Österreich 1789 bis 1918 und die Rechtsstellung der Frauen. Unter Einbezug von England, Russland, der USA und der Schweiz
Dike Verlag, Zürich, St. Gallen 2008, 479 S., Fr. 98.–

Der vorliegende Band ist in doppelter Hinsicht ein Gewinn: wegen seines revolutionsspezifischen Ansatzes zum einen und der transnationalen Vergleichsmöglichkeiten zum andern. Die in Karlsruhe lehrende Rechtsprofessorin fragt nicht nur, wie Frauen als Einzelpersonen und in Gruppen oder im Rahmen von Organisationen zu den europäischen Revolutionen beigetragen haben, sondern ob die auf eine Revolution nachfolgende geschlechtsspezifische Rechtsentwicklung bedingt ist durch die Beteiligung der Frauen an der Revolution oder durch andere Ursachen. Zur Beantwortung dieser Frage durchforstete und verarbeitete Majer alle erreichbaren deutschsprachigen sowie eine Fülle weiterer Werke zur Revolutions-, Rechts- und Sozialgeschichte; dabei erwies sich die frauenspezifische Literatur, die im Kontext der Französischen Revolution und des Aufbruchs von 1848 veröffentlicht worden ist, als ergiebigste «Quelle». Über die Auswirkungen der Revolutionen auf den politischen und familienrechtlichen Status der Frauen hinaus berücksichtigte die Rechtshistorikerin deren Auswirkungen auf den Zugang zur höheren Bildung und zur Berufstätigkeit. Mit dem zeitlichen Ausblick ins 20. Jahrhundert ermöglicht sie die Verknüpfung der geschichtlichen Hintergründe mit den gegenwärtigen Entwicklungen.

Die Unterschiede zwischen den Ländern sind zwar bedeutend, aber in fast allen war es eher die politische Linke, die sich im Rahmen der Forderung nach Ausweitung der Rechte der Unterschichten für die Besserstellung der Frauen einsetzte; aber ebenso waren es überall häufig Linke, die, sobald selbst an der Macht, die Frauen wieder ausgrenzten, da sie sich nur den «sozialen» Versprechen, wie der Einführung des allgemeinen (Männer-) Wahlrechts oder der Verbesserung männlicher Erwerbsbedingungen verpflichtet fühlten. Dabei bediente man sich nach dem Beispiel der Jakobiner zur Zeit der Französischen Revolution oft der Muster verbaler Verunglimpfung. Politiker lobten zwar den unentgeltlichen Einsatz von Frauen für die Ziele der Revolution, machten aber zugleich deren Gleichheits- und Freiheitsbestrebungen lächerlich, bezichtigten die Aktivistinnen der unberechenbaren Leidenschaft und Bedrohung der öffentlichen Ordnung. Im 19. Jahrhundert wurde lediglich in der *Commune* deren aktive Partizipation begrüsst und deren politische und lohnspezifische Forderungen berücksichtigt. Ansonsten wurden Frauen immer wieder, wie beispielsweise in der Wiener Märzrevolution, auf die Aufgabe verwiesen, «die Familie dienend zu umsorgen». In der Schweiz, wo es nicht zu Barrikadenkämpfen kam, wurde ihre Partizipation an den Auseinandersetzungen von 1848 schon gar nicht zur Kenntnis genommen. Bezüglich der Zurücksetzung der Frauen orientierte man sich hier in starkem Mass am deutschen Diskurs.

Auffallend ist, wie im gesamten deutschsprachigen Europa die Bedeutung der Französischen Revolution als historisches Ereignis und als Quelle für die Menschenrechte in den Nach-1848er-Jahren verdrängt und abgelehnt wurde. Diese Verdrängung ist umso erstaunlicher, als für die rechtliche Festschreibung der geschlechterspezifischen Rollen in den nationalen Gesetzgebungen die Französische Revolution von zentraler Bedeutung war. Während den Revolutionsjahren wurde erstmals die Entwicklung des *droit civil* diskutiert, das später als *Code Napoléon* für alle Länder, auch für die Schweiz, zur Leitschnur der zivilrechtlichen Stellung der Frauen wurde. Obwohl das napoleonische Zivilrecht von 1804 in der Vertragsfreiheit und Gewährleistung sonstiger bürgerlicher Rechte das modernste Gesetzbuch Europas war, gilt dies nicht für das Ehe- und Familienrecht. In dessen Nachahmung erfolgte in den meisten Staaten die eherechtliche Unterordnung der Frau unter die Herrschaft des Ehemanns. Einzig das Scheidungsrecht wurde gegen den Willen der restaurativen Kräfte, insbesondere der Kirchen, liberalisiert, da eine solche Liberalisierung auch den Männern nutzte.

Von Interesse ist aus der Perspektive des liberal-demokratischen Fortschrittsglauben daher, dass die familienrechtlichen Reformansätze, die unter den aufgeklärten Herrschern des ausgehenden 18. Jahrhunderts in Erwägung gezogen wurden, frauenfreundlicher waren als die im 19. Jahrhundert von den Parlamenten entschiedene Gesetzgebung. So gingen die von der Josephinischen Reform noch vorgesehenen Regelungen zum Schutz der materiellen Interessen der Ehefrau gegenüber dem Gatten im *Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch* Österreichs zugunsten des Verfügungs- und Nutzungsrechts des Ehemanns verloren. Generell galt über alle nationalen Grenzen hinweg, dass die durch die liberalen Revolutionen errungenen Freiheitsrechte für die Frauen keine Gültigkeit hatten. Dem weiblichen Geschlecht öffneten sich weder gleiche Schul- noch Erwerbsmöglichkeiten wie dem männlichen, da Frauen, unabhängig davon, ob sie an den Aufständen aktiv oder nur im Hintergrund beteiligt waren, in den gesetzgebenden Institutionen nicht vertreten waren und hier kaum auf männliche Verbündete zählen konnten. So erfolgte trotz der vehementen Unterstützung der frauenrechtlichen Forderung durch John Stuart Mill im englischen Parlament auch in Grossbritannien die politische Gleichstellung der Frauen erst nach dem Ersten Weltkrieg. Die Rücksetzung gilt auch für Nordamerika, obwohl hier bereits zur Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs Abigail Adams, die Ehefrau und enge Beraterin des zweiten US-Präsidenten, in einem inzwischen berühmten Brief die gemeinsam mit ihrem Mann in Philadelphia tagenden Verfassungsräte ermahnte, sich der Interessen der Frauen zu erinnern, da «alle Männer Tyrannen wären, wenn sie könnten» (*Remember the ladies*, 31. 3. 1776). Doch trotz der engen Verbundenheit mit seiner Frau lehnte selbst John Adams die rechtliche Gleichstellung der Frauen als *despotism of the petticoat* ab. Von nachhaltigerer Wirkung war das Verhalten der Amerikanerinnen beim Boykott englischer Importwaren als Auftakt zur Unabhängigkeitsbewegung, der *Boston Tea Party*. Der Warenboykott entwickelte sich in den USA – von der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei im 19. Jahrhundert bis zu den Auseinandersetzungen der letzten Jahre um Fragen der Gerechtigkeit – zu einem bedeutenden Mittel politischen Kampfes, der entscheidend von Frauen als Konsumentinnen mitgetragen wurde.

Wie gering dagegen die Solidarität der stimm- und wahlfähigen Männer ist, darauf verweist die Autorin in ihrem Ausblick auf das 20. Jahrhundert unter ande-

rem am Beispiel der Schweiz, die seit 1848 zwar als Vorreiterin in Sachen liberaler und demokratischer Rechte galt, die aber «jedenfalls in Frauenfragen, konservativer als andere Länder erscheint». Diese Aussage steht in einem gewissen Widerspruch zur Schlussthese Majers, wonach Länder, die nicht wie die meisten europäischen Länder soziale Umbrüche im Ausmass des Ersten Weltkriegs erlebten, wie beispielsweise Neuseeland, das Frauenstimmrecht früher einführten und das Ehe- und Familienrecht eher zugunsten der Frauen verbesserten. Als eine wichtige Ursache für die Stagnation der Rechtstellung der Frauen sieht Majer neben der mangelnden Solidarität der Männer und der uneinheitlichen Stellung der bürgerlichen Frauenbewegung vor allem auch die Abwehr der Männer gegen eine eigenständige wirtschaftliche Tätigkeit der unverheirateten Frauen, da diese als unmittelbare Konkurrenz erlebt wurden. So konnten sich die Männer im Verbund mit den Gewerkschaften nach der Niederschlagung der Räterepublik schon in den ersten sozialdemokratisch geprägten Jahren der Weimarer Republik durchsetzen, hatten im Arbeitsmarkt doch Frauen zugunsten der aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten bei der Erwerbstätigkeit zurückzustehen.

So erfreulich die vergleichende länderübergreifende Analyse der Auswirkungen von Revolutionen auf die Rechtsentwicklung aus Geschlechterperspektive ist, so ärgerlich sind die gehäuften Fehler bezüglich Namen, auch wenn dies die Bedeutung der Ergebnisse selbst nicht beeinträchtigt. So heisst die Berner *femme de lettres* nicht Julie Bandeli, sondern Bondeli, die deutsche Befürworterin der Gleichheit um 1800 nicht Amalia Host, sondern Holst, der Titel von Mary Wollstonecrafts wichtigem Werk nicht «On the vindication», sondern *A Vindication of the Rights of Women*, die Zeitschrift von Louise Otto nicht «Frauen-Zeitschrift», sondern *Frauen-Zeitung*, der badische Revolutionär und Ehemann von Marie Goegg-Pouchoulin nicht Armand, sondern Amand Goegg. Und schliesslich ist aus der Perspektive der schweizerischen Geschlechtergeschichte die Beurteilung des Staatsrechtlers Johann Caspar Bluntschli, der nicht ein «berühmter Heidelberger Jurist», sondern ursprünglich ein Stadtzürcher war, etwas irritierend: in Zürich gilt er nicht als engagierter Liberaler, sondern als konservativ-liberaler Gegner der fortschrittlichen Freisinnigen der 1840er-Jahre, und auch nicht als Frauenfreund, da sein Zürcher Privatrecht aus der Mitte des 19. Jahrhunderts für die Entwicklung der kantonalen und schweizerischen Zivilgesetzgebung als Vorbild diente, mit der die familienrechtliche Unterordnung der Frauen bis 1987 festgeschrieben war. Zugute zu halten ist der Autorin, dass zum Teil die gleichen Fehler in andern Werken und Lexika vorkommen.

*Elisabeth Joris (Zürich)*

## Neuerscheinungen zu «1968»

Erika Hebeisen, Elisabeth Joris, Angela Zimmermann (Hg.)
**Zürich 68**
Kollektive Aufbrüche ins Ungewisse
hier + jetzt, Baden 2008, 240 S., zahlreiche Abb., Fr. 48.–

Bernhard C. Schär, Ruth Ammann, Stefan Bittner, Marc Griesshammer, Yves Niederhäuser, Vera Sperisen (Hg.)
**Bern 68**
Lokalgeschichte eines globalen Aufbruchs – Ereignisse und Erinnerungen
hier + jetzt, Baden 2008, 228 S., zahlreiche Abb., Fr. 38.–

Fritz Billeter, Peter Killer (Hg.)
**1968 – Zürich steht Kopf**
Rebellion, Verweigerung, Utopie
Scheidegger & Spiess, Zürich 2008, 256 S., zahlreiche Abb., Fr. 78.–

Angelika Linke,
Joachim Scharloth (Hg.)
**Der Zürcher Sommer 1968**
Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn
Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2008, 224 S., zahlreiche Abb., Fr. 48.–

Heinz Nigg
**Wir sind wenige, aber wir sind alle**
Biografien aus der 68er Generation in der Schweiz
Limmat Verlag, Zürich 2008, 448 S., Fr. 48.–

Janick Marina Schaufelbuehl (Hg.)
Unter Mitarbeit von Nuno Pereira und Renate Schär
**1968–1978**
Ein bewegtes Jahrzehnt in der Schweiz – Une décennie mouvementée en Suisse
Chronos Verlag, Zürich 2009, 334 S., 10 Abb., Fr. 48.–

2008, 40 Jahre nach den Ereignissen von 1968, erbringen mehrere Publikationen auch für die Nachgeborenen den Beweis, dass «1968» auch in der Schweiz stattgefunden hat, und zwar nicht nur in Zürich und Genf. Damit hat, im internationalen Vergleich reichlich spät, die historische Aufarbeitung der damaligen Geschehnisse in der Schweiz begonnen. Hatten in Frankreich oder der Bundesrepublik bereits die früheren Jahrestage Anlass zu – durchaus auch kritischen – Auseinandersetzungen mit Zielen, Mitteln und (Miss-)Erfolgen der 68er-Bewegung gegeben, so war es in der Schweiz auffallend ruhig geblieben. Glaubt man den damaligen Akteurinnen und Akteuren, so hängt dies bis zu einem gewissen Grad mit dem repressiven Klima der 1970er- und 80er-Jahre zusammen, in dem der ausgeprägte Schweizer Antikommunismus der 1950er- und 60er-Jahre noch nachwirkte und der es denjenigen 68ern, die den «Marsch durch die Institutionen» unternommen hatten, nahe legte, zur eigenen Vergangenheit in diesem Zusammenhang zu schweigen. Dies hat sich allerdings inzwischen gewandelt, auch wenn mittlerweile Rechtspopulisten und ihre publizistischen Stichwortgeber der Neuen Rechten «1968» als Kampfbegriff verwenden, um den 68ern die Verantwortung für (angebliche) Fehlentwicklungen in Politik, Gesellschaft und Erziehung zuzuschieben, und damit den Begriff und die Bewegung als Ganzes negativ konnotieren.

Drei der hier anzuzeigenden Bücher haben die Ereignisse rund um das Jahr 1968 in Zürich im Fokus, so der von den drei Historikerinnen Erika Hebeisen, Elisabeth Joris und Angela Zimmermann herausgegebene Sammelband. Jeder Beitrag basiert unter anderem auf einem Interview mit einem damaligen Akteur beziehungsweise Akteurin. Viele der im Sammelband publizierten Artikel gehen auf Lizentiatsarbeiten oder laufende Dissertationen zurück, sind flüssig und gut lesbar geschrieben und mit reichlich Bildmaterial unterlegt. Damit gewähren sie interessante und spannende Einblicke in das Leben in den Kommunen, verschiedene gegenkulturelle Projekte, die Entwicklung der Frauenbewegung, die Ereignisse an den Hochschulen oder den Parteiaufbau bei den Maoisten, wobei eine chronologische Übersicht beziehungsweise systematische Themeneinteilung fehlen und der Gesamteindruck eher impressionistisch bleibt.

Ähnlich angelegt ist und teilweise die gleichen Themen behandelt der von den beiden Linguisten Angelika Linke und Joachim Scharloth herausgegebene Sammelband zum Zürcher Sommer 1968. Trotz seines Titels ist er indessen ein wenig stärker auch auf die Ereignisse

und deren Rezeption ausserhalb Zürichs ausgerichtet. Zudem befassen sich einzelne Beiträge auch mit Reaktionen der staatlichen Behörden, wie etwa ein Artikel zu den Staatsschutzakten, die im Zusammenhang mit «1968» in Zürich von der dortigen Stadtpolizei angelegt worden sind. Auch erinnerungspolitische Themen wie etwa die spätere mediale Rezeption von «1968» werden angegangen. Besonders hervorzuheben ist die dem Buch beigelegte informative und einfach zu handhabende DVD, die es erlaubt, nach bestimmten Kriterien, wie etwa Medientypen oder Personen, Informationen und Dokumente zu suchen, die dann als Faksimile abrufbar sind. Die meisten dieser Flugblätter, Zeitungsartikel, Wandzeitungen et cetera stammen aus dem Sozialarchiv und dem Zürcher Stadtarchiv. Hilfreich ist auch die auf der DVD zu findende Chronologie, die es ermöglicht, Dokumente nach bestimmten Daten zu konsultieren.

Ebenfalls vorwiegend die Ereignisse in Zürich behandelt der von den Publizisten Fritz Billeter und Peter Killer herausgegebene Sammelband. Anders als die beiden anderen Bücher konzentriert er sich in erster Linie auf Initiativen und Events der Zürcher Kultur- und Kunstszene. Die meisten der eher kurz gehaltenen Texte stammen von damaligen Akteurinnen und Akteuren und sind vor allem im Sinn von persönlichen Erinnerungen zu verstehen. Thematisiert werden etwa bildende Kunst, Fotografie oder Plakate, die in einem engeren oder weiteren Sinn der 68er-Bewegung zuzurechnen sind, oder auch der Aufbau der Produzentengalerie Zürich (Produga) und das Leben in Kommunen und Wohngemeinschaften. Entsprechend der Themenstellung enthält das grossformatige Buch einen 62-seitigen Tafelteil mit Bildern und Fotografien aus der Zeit um 1968. Ebenfalls hervorzuheben ist in diesem Buch das hilfreiche Glossar, das in kurzen Beiträgen zahlreiche Personen, Ereignisse, Gruppierungen und Konzepte der 68er-Bewegung erläutert.

Beim von Bernhard C. Schär et al. herausgegebenen Sammelband zu Bern handelt es sich um das Pendant zum Buch zu Zürich aus dem Verlag hier + jetzt. Besonders verdienstvoll bei dieser Publikation ist der Befund, dass «1968» weder nur in Zürich noch allein in den grösseren Schweizer Städten stattgefunden hat. So behandeln die verschiedenen Beiträge, die grossteils aus einem am Historischen Institut der Universität Bern abgehaltenen Seminar heraus entstanden sind, nicht nur die Geschehnisse in Bern, sondern auch in Biel oder Burgdorf. Es zeigt sich, dass sich auch in kleineren Städten «1968» manifestierte, wie etwa die Auseinandersetzungen um ein Autonomes Jugendhaus in Biel oder die Aktivitäten kritischer Gymnasiasten in Burgdorf verdeutlichen. Wie sein Zürcher Pendant legt auch das Berner Buch Wert auf biografisches Material, das in Form von Porträts ehemaliger Akteurinnen und Akteure zwischen den Artikeln eingestreut ist.

Gänzlich auf die Erinnerungen ehemaliger 68er stützt sich das Buch von Heinz Nigg ab und legt damit eine Oral History der 68er-Bewegung vor. In kurzen Porträts stellen sich 41 Personen aus allen Landesteilen vor, die in den unterschiedlichsten Zusammenhängen in «1968» involviert waren. Mit der Zeit schleichen sich beim Lesen allerdings gewisse Ermüdungserscheinungen ein, einerseits bedingt durch den analogen Aufbau der Erzählungen und die mehrfache Beschreibung der immer gleichen Ereignisse, andererseits aber auch durch die teilweise kritiklose, oft dem Zweck der Selbstdarstellung dienenden Ausführungen gewisser Akteurinnen und Akteure. Auffallend ist auch, dass sich fast alle der Befragten nach wie vor in linken Kreisen bewegen; hier wären auch die Biografien solcher Personen interessant gewesen, die sich im Lauf ihres Lebens

politisch anders positionierten, ein Umstand, dem die westeuropäische Forschung in den letzten Jahren vermehrt Beachtung geschenkt hat.

Schliesslich ist noch der 2009 erschienene, von Janick Marina Schaufelbuehl herausgegebene Sammelband zu erwähnen. Dieser zeigt den für die Schweiz wichtigen internationalen Kontext auf, indem die 68er-Bewegungen in den umliegenden Ländern Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und Italien miteinbezogen werden, die auf die jeweiligen Sprachregionen in der Schweiz grossen Einfluss hatten. Die übrigen Beiträge konzentrieren sich auf die vier Themenbereiche internationale Solidarität, Geschlechterbeziehungen, Gegenkultur sowie Reaktionen der Behörden und der etablierten Politik. Die politischen, oftmals stark ideologisierten Gruppierungen, die ebenfalls um 1968 entstanden und als «Neue Linke» subsumiert werden, werden hingegen nur am Rande gestreift, was dem auf dem Buchumschlag erhobenen Anspruch, eine systematische Untersuchung der Ereignisse um «1968» zu liefern, kaum gerecht wird. Hervorzuheben ist hingegen, dass viele der Beiträge nicht nur auf einen Ort beschränkt, sondern thematisch aufgebaut sind, sodass für einzelne Gruppierungen auch translokale Verbindungen aufgezeigt werden können – wiederum ein Beleg für die Tatsache, dass «1968» über die Grossstädte hinausging.

In der einen oder anderen Form wird in sämtlichen Werken mit ZeitzeugInnen gearbeitet, etwa auf der Basis von Interviews und Gesprächen, wie vor allem im Buch von Heinz Nigg, aber auch den beiden hier + jetzt-Bänden sowie im abschliessenden Aufsatz von Jean Batou in dem von Schaufelbuehl herausgegebenen Werk. In anderen Fällen haben ehemalige Akteure und ihre ZeitgenossInnen die Beiträge selbst verfasst, wie es vor allem im von Fritz Billeter und Peter Killer edierten Buch der Fall ist. Nutzen und Nachteil des Einbezugs von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie die wechselseitigen Beeinflussungen von Zeitgeschichte und Zeitzeugen sind gerade im Zusammenhang mit den Ereignissen rund um 1968 in der historischen Forschung immer wieder thematisiert worden. Es fällt auf, dass viele der ehemaligen Akteurinnen und Akteure die damaligen Ereignisse vorwiegend positiv darstellen und Kritik, zumal Selbstkritik, eher selten zu finden ist. Es zeigt sich, dass die Methoden der Oral History dort an ihre Grenzen gelangen, wo die mündlichen Quellen nur schlecht durch andere verifiziert oder zumindest ergänzt werden können. Gerade in jenen Bereichen, wo Ideologie und oftmals starre Theorien eine wichtige Rolle gespielt haben, ist es fraglich, inwiefern 40 Jahre später die ehemaligen AktivistInnen selbst ihre damaligen Überzeugungen noch nachzuvollziehen vermögen.

Eine weitere Frage, die in den Publikationen aufgeworfen wird, ist jene nach der Periodisierung und den Zäsuren. Einig ist man sich, dass eine Beschränkung auf das Jahr 1968 nicht möglich ist. In ihrem Einleitungsartikel schlagen Brigitte Studer und Janick Marina Schaufelbuehl vor, die Periode von 1968 bis ca. 1973/75 in Anlehnung an Pierre Bourdieu als «langes kritisches Moment» zu bezeichnen, das dann aber im Buch bis 1978 ausgedehnt wird. Jedoch zeigt der Blick in die anderen Bücher, vor allem auch jene, die sich vorwiegend mit den gegenkulturellen Strömungen oder etwa den Berner Nonkonformisten befassen, dass bereits lange vor dem Jahr 1968 ein beachtliches Mass an subkulturellen Aktivitäten stattgefunden hatte und somit gewichtige Vorläufer der Bewegung vorhanden waren (wohingegen die von Bernhard C. Schär in seinem Einleitungsartikel vorgeschlagenen Verbindungen zu den bürgerlichen Revolutionsidealen von 1848 wohl zu weit führen).

1968 ist dann zum einen eine gewisse Radikalisierung zu beobachten, was sich vor allem in den politischen Forderungen und ideologischen Konzepten niederschlug. Andererseits kommt es zu einer zuvor nicht vorhanden gewesenen, wenn auch nicht konfliktlosen Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichsten Milieus, zwischen eher gegenkulturell und vorwiegend politisch-ideologisch ausgerichteten Personen und Gruppierungen, zwischen Künstlern, Studierenden und Lehrlingen. Diese Phase hielt aber nur kurz an, spätestens im Winter 1969/70 war sie vorbei. Sämtliche vorliegenden Publikationen ziehen ihre Darstellungen bis weit in die 1970er-Jahre weiter.

Aufgrund der zahlreichen personellen Kontinuitäten und der biografischen Darstellungen ist dies durchaus nachvollziehbar, wobei aber die Abgrenzung zwischen 1968 als historischem Ereignis und seiner Wirkungsgeschichte nicht immer klar ist und stärker diskutiert werden müsste. Denn es ist wichtig, auch auf die Unterschiede zwischen der 68er-Bewegung und den in den 1970er-Jahren entstehenden Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) hinzuweisen. Diese bestanden nicht nur in den Mitteln, indem die NSB neben den unkonventionellen Strategien der 68er auch konventionelle Mittel, wie etwa jene der direkten Demokratie, intensiv anwendeten. Auch in den Zielen ist insofern ein Unterschied festzustellen, indem die 68er-Bewegung viel stärker auf eine Veränderung der Gesellschaft und des Menschen als Ganzem ausgerichtet war, während sich die NSB auf konkretere Ziele etwa in den Bereichen Gleichberechtigung, Umweltschutz oder Wohnungsbau konzentrierten.

Mit den Schwierigkeiten der Periodisierung verbunden ist auch die Frage, wer denn überhaupt die «68er» waren. Die Vielfalt innerhalb der Bewegung, die Vielzahl an Aktivitäten und der gesellschaftspolitisch weitreichende Anspruch der AktivistInnen hätten eine breite Mobilisierung erwarten lassen, doch gab es in der kritischen Phase Ende der 1960er-Jahre im Grunde nur wenige Personen, die sich aktiv an den Ereignissen beteiligten, wie der Titel des Buchs von Nigg treffend ausdrückt. Auch in den Grossstädten Zürich und Genf vermochten Demonstrationen in der intensivsten Phase kaum mehr als je 2000 Personen anzuziehen. Heute, aus der Retrospektive, verstehen sich jedoch viel mehr Angehörige jener Generation als «68er», was bis zu einem gewissen Grad auch mit der Entpolitisierung der Bewegung erklärbar ist. Denn anstatt der für die damaligen AkteurInnen eminent wichtigen und grundsätzlichen Gesellschafts- und Systemkritik steht heute «1968» oftmals alleine für eine längst fällig gewesene Kulturrevolution verbunden mit soziokulturellen Veränderungen, die neben einigen fantasievollen Aktivitäten vor allem sexuelle Befreiung und die Erlösung vom kleinbürgerlichen Mief der 1950er- und 60er-Jahre gebracht haben. Dieses Bild wird nun von zahlreichen der besprochenen Beiträge und durch das beigefügte Bild- und Quellenmaterial, das Radikalität und Substanz der politischen und kulturellen Forderungen veranschaulicht, korrigiert.

Dennoch steht die bisherige Forschung zu «1968» in der Schweiz noch in ihren Anfängen und hat längst nicht alle Fragen beantwortet. Erstens fehlt nach wie vor eine systematische Übersicht über die Ereignisse in der ganzen Schweiz, denn die meisten der bisherigen Beiträge konzentrieren sich in erster Linie auf die Deutschschweiz. In der Romandie sind zwar schon in früheren Jahren interessante Beiträge erschienen, etwa 2005 in den *Cahiers d'Histoire du Mouvement Ouvrier*. 2008 ist hingegen ein vergleichbarer Publikationsboom wie in der Deutschschweiz ausgeblieben. Eine solche Art Topografie von «1968» in der Schweiz würde auch einer

breiteren Öffentlichkeit dessen Existenz näher bringen und die bisher stark regional ausgerichtete Forschung synthetisieren. Auch wenn «1968» in der Schweiz in erster Linie lokal angelegt war und Regionen übergreifende Aktivitäten – zumal wenn es sich um Sprachregionen handelt – eher selten waren, wäre ein Vergleich der drei Sprachregionen interessant. Zweitens gibt es auch einige spezifische Fragen, die bislang offen geblieben sind. Spannend zu untersuchen wären beispielsweise konkrete transnationale Bezüge, Kontakte und Austausch der AkteurInnen zu den jeweiligen umliegenden Ländern.

Drittens wäre eine verstärkte Einbettung in die *longue durée* der schweizerischen Nachkriegsgeschichte wünschenswert. Damit verbunden wäre auch eine Aufarbeitung der zahlreichen Reaktionen auf die 68er, einerseits von bürgerlichen Kreisen der Gesellschaft, aber auch in der Politik oder konkreter vom Staatsschutz. Aus einer Langzeitperspektive stellt sich auch die Frage nach der Wirkungsgeschichte von «1968» über die 1970er-Jahre hinaus. Mit deren historischer Aufarbeitung könnten sich die aktuellen erinnerungspolitischen Debatten über «1968» und seine Auswirkungen auf Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschung stützen.

*Christina Späti (Freiburg i. Üe.)*